

Keith Barlow

Warum britische Linke für den Austritt Großbritanniens aus der EU kämpfen?¹

In seiner "Europa-Rede" vom Januar 2013² versprach Premierminister David Cameron, bei einem Sieg in den Unterhauswahlen, die Bedingungen der Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU während dieser Legislativperiode *neu* zu verhandeln, und danach einen Volksentscheid zur Frage des Verbleibs durchzuführen. Das versprach er auch im Wahlkampf vergangenes Jahr. Da er für den Verbleib ist, warum ein Volksentscheid? Klar, er wollte die Wanderung von EU-kritischen Wählern von seiner Partei zur rechts-populistischen Partei UKIP³ verhindern. Es scheint auch, dass er nicht mit einer eigenen Mehrheit bei der Unterauswahl gerechnet hatte, denn dann wäre natürlich diese Frage auch nicht zu stellen gewesen.

Einen Volksentscheid zur selben Frage, zur Mitgliedschaft Großbritanniens, gab es bereits am 5. Juni 1975. Aber vor dem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) selbst, oft als Gemeinsamer Markt (*Common Market*) bezeichnet, der heutigen EU, Anfang 1973, gab es keinen.

Vorbehalte gegen EWG-Beitritt

Um die Haltung der britischen Linken zur EU zu verstehen, muss man die Linie der Hauptkritik an der EU während der letzten fünfzig oder sechzig Jahren verfolgen. Besonders wichtig sind die Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes für die einfachen Menschen. Wichtig ist auch, die Entwicklung in der Labour Partei zu verfolgen. Wegen des langjährigen Engagements von Mitgliedern und Sympathisanten der damaligen KP Großbritanniens in den Gewerkschaften, entstanden Gemeinsamkeiten mit vielen Gewerkschaftlern bei vielen Themen, die auch auf Gewerkschaftstagen und dann in der Labour Partei unterstützt wurden. Das schließt die Frage der EU mit ein.

In den 50er und 60er Jahren wuchs der Handel Großbritanniens mit den sechs Gründungsmitgliedsstaaten der EWG⁴ schneller als mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und den eng mit Großbritannienverbündeten Commonwealth-Ländern. Deshalb wurde in herrschenden Kreisen des Landes argumentiert, dass Großbritannien die Mitgliedschaft in der EWG anstreben müsse. Zuerst wurde 1961 ein Antrag auf Mitgliedschaft vom konservativen Premierminister Harold Macmillan gestellt. Damals war Labour, unter dem Vorsitz von Hugh Gaitskell, dagegen. Dieser Antrag scheiterte durch das Veto des französischen Präsidenten Charles de Gaulle. 1967 kam der zweite Antrag, diesmal vom Labour Premierminister Harold Wilson.⁵ Wie 1961 sagte de Gaulle erneut "non".

Der Generalsekretär der damaligen KP Großbritanniens John Gollan sah in seiner Rede auf dem 28. Parteitag Ostern 1963 in der Gründung des *Common Market* eine Vereinigung der reaktionärsten

¹Eine gekürzte Fassung dieses Textes war Grundlage des Referats von Keith Barlow auf der Veranstaltung des Marx-Engels-Zentrums Berlin *Die EU in der Krise – was sind die Antworten der Linken?* am 26. November 2016.

²Siehe David Cameron's Europe speech, *The Independent*, 23. Januar 2013.

³United Kingdom Independence Party.

⁴BRD, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg.

⁵Wilson wurde 1963, nach dem Tod von Hugh Gaitskell, Vorsitzender der Labour Partei. Er blieb in diesem Amt bis 1976. Nach 13 Jahren in der Opposition führte Wilson im Herbst 1964 Labour zu einem knappen Wahlsieg. 1966 errang er einen Erdrutschsieg, verlor aber die Wahlen 1970. Im Winter 1974 wurde er erneut Premierminister infolge einer vorgezogenen Unterhauswahl aufgrund des Bergarbeiterstreiks. 1976 trat er von seinen beiden Ämtern zurück. Sein Nachfolger wurde James Callaghan.

Kräfte von Westeuropa, die auf Grundlage von französischem und deutschem Kapital basieren. Als Preis für den britischen Beitritt beharrten de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer darauf, dass Briten ihre Beziehungen mit den Commonwealth-Ländern neu orientieren sollten, also u. a. die Akzeptanz der Agrarpolitik der EWG sowie, dass sie sich von ihrer Souveränität und nationalen Unabhängigkeit zu verabschieden hatten. In der Tat wollten sie nichts weniger als eine Kapitulation dieses Landes.⁶ Unter den Briten gab es schon damals einen starken Vorbehalt gegen die Mitgliedschaft. Das erste Veto, stellte Gollan fest, darf keinesfalls als Geschenk von de Gaulle bewertet werden, sondern als Erfolg der Menschen im Lande und vor allem der KP, die von Anfang an gegen die Mitgliedschaft kämpfte.⁷ Ohne Zweifel zählten diese Worte Gollans für das zweite Veto.

Bei diesem zweiten Veto gab es zwei Gebiete, wo der Vorbehalt der übrigen Länder gegen die Mitgliedschaft Großbritanniens stark war. Erstens: Da das Land Nettoimporteur von Lebensmitteln war, musste die EWG-Agrarpolitik zu steigenden Preisen führen. Da der Eckpfeiler der EWG-Politik die Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedsstaaten und die Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs ist, war es klar: Statt vom Weltmarkt, insbesondere von Commonwealth-Ländern, sollten Lebensmittel zuerst von EWG-Ländern, trotz höherer Preise, gekauft werden.

Die Landwirtschaft war und blieb ein heißes Eisen, auch wegen der Frage der Beiträge zum (Europäischen) gemeinsamen Etat, weil ein großer Teil davon für die Landwirtschaft verwendet wird, von der Großbritannien aber wenig profitiert. Erwähnt sei nur die Überproduktion von Lebensmitteln, die zu Dumping auf dem Weltmarkt führt, sowie Subventionen für die Stilllegung von Agrarflächen. Da viele Commonwealth-Länder als Entwicklungsländer eingestuft werden, gab es immer wieder die Sorge vor dem Verlust von wichtigen Exportmärkten und deshalb Ängste vor dem Verlust der Existenzgrundlage von Millionen von Menschen nicht ausschließlich in Großbritannien. Als einziger Nettoimporteur von Lebensmitteln in der EU und mit einem geringeren Anteil von Industriearbeitern als in anderen Mitgliedsstaaten, war es klar, dass Großbritannien immer ein Nettozahler bliebe. Abgesehen von 1975, dem Jahr des ersten Volksentscheids zur Mitgliedschaft, ist das der Fall in jedem Jahr trotz des den Briten gewährten Rabatts geblieben.

Das Kernproblem Großbritanniens liegt in der Situation des Landes begründet, eine führende Industrienation und gleichzeitig Weltmacht zu bleiben. Um Exportmärkte sowie den Zugang zu Rohstoffen weiterhin zu sichern, floss seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ständig Kapital aus Großbritannien ab, das dringend in der verarbeitenden Industrie gebraucht wurde. Als Folge davon, sowie auch durch die Belastung aufgrund höherer Rüstungsausgaben lag das Wachstum bei der verarbeitenden Industrie sowie in der Wirtschaft der Nachkriegszeit immer hinter den Hauptkonkurrenten unter den OECD-Ländern zurück. Es wurde auch befürchtet, dass sich dieser Prozess durch die Mitgliedschaft zum weiteren Nachteil des Industriestandorts des Landes wegen der Verankerung der Politik des freien Waren- und Kapitalverkehrs im Gründungsvertrag der EWG vom 25. März 1957 (genannt der Vertrag von Rom) beschleunigen würde, die zu einer Gefahr für die Arbeitsplätze führen sowie die prekäre Außenhandelsbilanz des Landes weiter verschlechtern würde.

1973: Beitritt ohne Volksentscheid

⁶Siehe John Gollan, *Britain's Future* (Speech made at the 28th Congress of the Communist Party of Great Britain), Communist Party (London), 1963, S. 4f.

⁷Siehe *Ibid.*

Trotz des französischen Vetos drängte Großbritannien weiterhin auf einen Beitritt. Nach dem Rücktritt de Gaulles 1969 und dem Sieg der britischen Konservativen bei den Wahlen 1970 wurde der Weg zu einem weiteren Beitrittsversuch frei. Trotz Ablehnung der oppositionellen Labour Partei gelang es der Regierung Edward Heath⁸ Anfang 1973 das Land in die EWG ohne Volksentscheid zu drängen. Gleichzeitig beantragten drei andere Staaten die Mitgliedschaft; Irland, Dänemark und Norwegen. Dort gab es Volksentscheide; Irland und Dänemark sagten "Ja", aus Norwegen kam das erste "Nein"⁹. Egal, warum Heath einen Volksentscheid verweigerte, eins ist klar: Aufgrund der Unzufriedenheit mit seiner Regierung wäre ein "Ja" kaum zu erwarten gewesen. Die Konsequenzen, wie jetzt bei Cameron, wären absehbar gewesen. (Ein Jahr später bereits verlor Heath sein Amt infolge einer vorgezogenen Unterhauswahl wegen des Bergarbeiterstreiks Ende 1973 / Anfang 1974.)

1974 kam Labour erneut in die Regierung mit Wilson als Premierminister. Bei beiden Wahlen im Jahr¹⁰ 1974 versprach Labour die Bedingungen der Mitgliedschaft *neu* zu verhandeln und danach einen Volksentscheid zur Frage des Verbleibs durchzuführen. Dies ist 1975 dann geschehen. Nach Abschluss dieser Verhandlungen sprachen sich Wilson und die Mehrheit seines Kabinetts für den Verbleib aus. Die Partei selbst, der Gewerkschaftsdachverband *Trades Union Congress* und die KP waren für den Austritt. Interessant ist, dass es nach dem Abschluss dieser Verhandlungen keine Mehrheit in der Unterhausfraktion der Labour Partei für den Verbleib gab. Die breite Ablehnung zur EWG zeigte auch, dass nicht nur linke Labour-Abgeordnete dagegen waren. Da es auch Abgeordnete aus kleineren Parteien¹¹ gab, die für den Austritt waren, war Wilson bei der Abstimmung im Unterhaus in dieser Frage von der Unterstützung der Konservativen unter der neuen Vorsitzenden Margaret Thatcher abhängig!¹²

Der Vorbehalt gegenüber der EWG bei Labour wuchs auch wegen des Rucks nach links in der Labour-Bewegung Ende der 60er Jahre / Anfang der 70er Jahre. Besonders von Bedeutung war dabei der Ausgang wichtiger Wahlen in einflussreichen Gewerkschaften. Dort kämpften Kommunisten gemeinsam mit Linken in der Labour Partei und anderen linken Gewerkschaftlern mit der Folge, dass viele linke Kandidaten in Schlüsselpositionen der Gewerkschaften gewählt wurden. Die bedeutendsten Erfolge waren die Wahl von Jack Jones 1969 zum Generalsekretär der größten Gewerkschaft des Landes (der damaligen *Transport and General Workers' Union*) und zwei Jahre zuvor von Hugh Scanlon zum Präsidenten der zweitgrößten Gewerkschaft, der Ingenieurgewerkschaft (der damaligen *Amalgamated Engineering Union*). Da die Gewerkschaften

⁸Heath war Unterhändler der Macmillian-Regierung bei den ersten Beitrittsverhandlungen mit der EWG. Siehe Siegfried Büniger und Hella Kaeselitz, *Geschichte Großbritanniens von 1918 bis zur Gegenwart*, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1989, S. 274.

⁹Ende 1994 stimmte Norwegen in einem Volksentscheid nochmals gegen einen Beitritt in die heutige EU.

¹⁰1974 gab es in Großbritannien zwei Unterhauswahlen. Nach der Wahl im Februar 1974 kam eine Labour-Regierung ins Amt, sie hatte aber keine eigene Mehrheit im Unterhaus. Im Oktober 1974 errang Labour knapp eine eigene Mehrheit.

¹¹Aus Schottland, Wales und Nordirland.

¹²Das Kabinett stimmte 16 zu sieben für den Verbleib in der EWG. Neben Wilson war u. a. der Außenminister und Wilsons Nachfolger Callaghan, Schatzkanzler Denis Healey sowie der Innenminister und künftige Chef der Europäischen Kommission, Roy Jenkins, für den Verbleib. Unter den Gegnern fanden sich Industrieminister Tony Benn, Handelsminister Peter Shore sowie der Arbeitsminister und künftige Parteivorsitzenden Michael Foot. Innerhalb der Unterhausfraktion (die *Parliamentary Labour Party* (PLP)) war die Stimmung anders. Im Unterhaus stimmten nur 138 aus der PLP für den Verbleib, 148 dagegen, 32 enthielten sich. Bei einer Sondertagung der Parteikonferenz im April 1975 fiel die Abstimmung fast zwei zu eins für den Austritt aus. Unter den 46 vertretenen Gewerkschaften auf dieser Konferenz stimmten lediglich sieben für den Verbleib. Siehe *United Kingdom European Communities membership referendum, 1975*, Wikipedia vom 22. September 2016. Als Bildungsministerin unter Heath unterstützte Margaret Thatcher den Beitritt in die EWG sowie 1975 auch den Kampf für den Verbleib in ihr. Im Laufe der 80er Jahre wurde sie allerdings kritischer gegenüber Entwicklungen in der EWG, etwa gegenüber der Art und Weise wie der Gemeinsame Binnenmarkt zu Stande kam. Das beeinflusste auch ihre Haltung gegenüber dem Vertrag von Maastricht.

ein Kernbestandteil von Labour mit eigener Vertretung im Parteivorstand und mit Stimmrecht auf Parteikonferenzen sind, hatten sie Einfluss auf die Politik der Partei bei den Wahlen 1974, auch in der EWG-Frage.

Volksentscheid 1975: Tony Benn hatte Recht

Als Antwort auf die wachsenden wirtschaftlichen Probleme im Lande wuchs die Forderung nach der Einführung des *Alternative Economic Strategy* (AES). Der AES trat für mehr Eigentum der öffentlichen Hand in Schlüsselindustriebereichen ein, für Begrenzungen beim Kapitalexport sowie für Kontrolle beim Import von Produkten der verarbeitenden Industrie. Der AES war der Eckpfeiler von *Labour's Programme 1973*, der die Grundlage für das Labour Programm für die Wahlen 1974 bildete. Eines der prominentesten Befürworter dieses Programms war der führende linke Labour Politiker und spätere Industrieminister, der kürzlich verstorbene Tony Benn.¹³

Labours Industriepäne wurden von Benn im Regierungsweißbuch *The Regeneration of British Industry* August 1974 veröffentlicht. Dort wurde die Industriepolitik des Landes kritisiert. Laut Weißbuch betrug 1971 die Investition pro Arbeiter in der britischen verarbeitenden Industrie weniger als die Hälfte von Frankreich, Japan oder den USA und war deutlich geringer als in Deutschland oder in Italien. Und zugleich hatte sich in den vorangegangenen zehn Jahren das Niveau von Direktinvestitionen britischer Firmen im Ausland mehr als verdreifacht!¹⁴

Für Benn und die Labour-Bewegung war klar: Um den Industriestandort des Landes dauerhaft zu verbessern, musste die öffentliche Hand eine aktivere Rolle in der Wirtschaft spielen. Deshalb schlug das Weißbuch die Erneuerung der Industrie durch mehr Regierungsbeteiligung und durch Ausbau von öffentlichem Eigentum in Schlüsselindustriebereichen vor.

Das Weißbuch zeigte auch, dass Benn etwas anderes verstanden hatte. Die Industriepolitik seiner Partei und die Politik des freien Waren- und Kapitalverkehrs im Vertrag von Rom standen nicht miteinander in Einklang zu bringen. Das wurde von ihm und seinen Verbündeten beim Volksentscheid 1975 thematisiert. In den Römischen Verträgen waren schon 1957 Grundsätze neoliberaler Wirtschaftspolitik der heutigen EU festgelegt worden, die bereits damals als negativ für den Industriestandort des Landes bewertet wurden. Das war Benn und seinen Verbündeten klar und das ist bis heute aktuell geblieben. Benns Standpunkt zur Mitgliedschaft war logisch und konsequent. Kein Wunder war es daher, dass er von seinem Ministeramt entfernt wurde als der Ausgang dieses Referendums bekannt wurde! Obwohl er anschließend Energieminister wurde, zeigt diese Regierungsumbildung, wie Wilson und seine engsten Verbündeten gegenüber wichtigen Teilen der eigenen Partei wirklich standen.

Benns Industriepolitik stieß auf breiten Widerstand von Unternehmerverbänden, Konservativen und Liberalen, den Massenmedien sowie auch der EWG. Nach diesem "Ja" sollten Benns Vorschläge verwässert werden, also "EWG-Konform" gemacht werden. Wilson war dafür. Labour rettete dennoch den großen Automobilkonzern British Leyland nach seinem Kollaps 1975 durch Verstaatlichung und später, wenn auch erst aufgrund starken Drucks aus den Gewerkschaften und der Partei, die Schiffbau- und Flugzeugindustrien, ebenfalls durch Verstaatlichungen.

¹³Benn war bereits 1964-1970 Kabinettsminister unter Wilson gewesen. 1974-1975 war er Industrieminister, dann 1975-1979 Energieminister.

¹⁴*The Regeneration of British Industry*, Her Majesty's Stationary Office (London), Cmnd. 5710, August 1974, S. 1, Absatz 3.

Die Gefahr des Wechselkursmechanismus

Weitere Kritik an der EWG aus der Labour-Bewegung heraus beeinflusste die Haltung der Labour-Regierung, ab 1976 unter James Callaghan,¹⁵ in der Frage der Verankerung des Pfunds Sterling im Europäischen Währungssystem (EWS). Kernelement des EWS war der sogenannte Wechselkursmechanismus (ERM). Dort gab es einen Wechselkursverbund in dem Währungsschwankungen zwischen EWG-Währungen jeweils nur innerhalb einer Bandbreite von $\pm 2,25\%$ zugelassen waren.

Das EWS wurde auf einer monetaristischen Grundlage mit dem vorrangigen Ziel von Preisstabilität ins Leben gerufen. Auf der einen Seite waren die Grundsätze der Wirtschaftspolitik der EWG freimarktwirtschaftlich, auf der anderen Seite jedoch streng monetaristisch. Diese beiden Säulen der Wirtschaftspolitik der EWG bildeten die Grundlage der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die später durch den Vertrag von Maastricht und die Einführung des Euros besiegelt wurde.

Der Grundsatz der Wirtschaftspolitik der EU kann nicht klarer formuliert werden, als es in den verschiedenen Kernverträgen der EU zu lesen ist, nicht zuletzt im Vertrag von Lissabon. Wenn die Mitgliedsstaaten der heutigen EU ihre Wirtschaftspolitik auf "den Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb"¹⁶ verpflichten und gleichzeitig auf das vorrangige Ziel von Preisstabilität, sollte es unter den Lohnabhängigen keinen Zweifel mehr über den Charakter der EU geben. Mit solchen Formulierungen ist nämlich ein politisches Wirtschaftssystem festgeschrieben worden, welches nicht verhandelbar ist. Unter diesen Rahmenbedingungen werden zwar noch soziale Grundrechte eingeschränkt eingeräumt, aber nur insoweit als die Eckpfeiler der Grundsätze der Wirtschafts- und Geldpolitik der EU nicht in Frage gestellt werden.

Unter den damals neun EWG-Mitgliedern zu Beginn des EWS im März 1979 war lediglich Großbritannien nicht dabei. Es gab nicht nur Sorge vor einer Einschränkung des Rechts des Parlaments bei der Haushaltspolitik, sondern auch vor einer Überbewertung des Pfunds. Die Folge wären höhere Zinskurse, Deflation, Rückgang der Wirtschaft und mehr Erwerbslosigkeit gewesen. Callaghan hatte das verstanden. (Und genau das ist nach der Labour-Wahlniederlage im Mai 1979 aufgrund der strengen monetaristischen Politik der neu gewählten Thatcher-Regierung eingetreten!) Callaghan entschied, dass das Pfund draußen bleibt, Thatcher ebenfalls, wenn aus ganz anderen Gründen.¹⁷

¹⁵Siehe Fußnote 5.

¹⁶Siehe *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)*, Art. 119.

¹⁷Das EWS I existierte vom 13. März 1979 bis zum 31. Dezember 1998. Ihm folgte ab dem 1. Januar 1999 das sogenannte EWS II. Das Pfund blieb bis zum 8. Oktober 1990 draußen. In dieser Frage wurde Thatcher im Kabinett überstimmt, dies war kurz vor ihrem Sturz als Partei- und Regierungschefin. Ende der 70er Jahre war Großbritannien Produzent von Öl aus der Nordsee geworden. Steigende Ölproduktion sowie steigende Ölpreise führten zu mehr Exporteinnahmen und höheren Wechselkursen für das Pfund aufgrund steigender Nachfrage nach ihm auf den Devisenmärkten. Begleitet wurde diese Entwicklung von wachsenden inflationären Gefahren. Um diesen entgegenzutreten, erlaubte Thatcher höhere Zinssätze, wobei ihr die Auswirkung auf die verarbeitende Industrie und die Millionen von Menschen, die Hauskredite aufgenommen hatten, egal waren. In den ersten sechs Monaten ihrer Amtszeit stieg der Mindestzinssatz in zwei Raten von 12% zur Zeit ihres Regierungsantritts, auf seinen Höhepunkt von 17% im November 1979. Die verarbeitende Industrie wurde dadurch so stark beschädigt, dass sie vom Wirtschaftsaufschwung ab 1981 kaum profitieren konnte mit der Folge, dass der Konsum mehr und mehr durch Importe befriedigt wurde. Begünstigt durch die hohen Ölerlöse strebte die Regierung Thatcher an, die *City of London* zu einem der größten Finanzzentren der Welt zu machen. Die Zukunft des Landes sah sie in einer starken Finanzdienstleistungsindustrie, die in London und im Südosten Englands beheimatet sein sollte. Neue Arbeitsplätze dort sollten Verluste in der verarbeitenden Industrie ausgleichen. Unter solchen Bedingungen hätte diese Industrie aber nur dann eine Chance, wenn sie *schlanker und fitter* werden würde, was natürlich auf Kosten der Lohnabhängigen gehen musste.

Wandel in Labours EWG-Politik im Laufe der 80er Jahre

Nach Labours Wahlniederlage ging die Parteilinke in die Offensive. Sie fand Mehrheiten für viele ihrer politischen Standpunkte auf Parteikonferenzen, z. B. für die einseitige nukleare Abrüstung, einschließlich des Abbaus aller britischen und US-amerikanischen Atomstützpunkte, für die Forderung nach Aufhebung von Thatchers gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen sowie für Verstaatlichungen in vielen Industriebereichen. (Die Verstaatlichungen, die die Linken wollten, hätte eine Labour-Regierung in Konflikt mit der EWG gebracht!) Es gab auch eine Mehrheit für einen EWG-Austritt. Diese Beschlüsse bildeten die Grundlage für Labours Wahlprogramm bei den Unterhauswahlen 1983. Es gelang ihr auch durch Druck auf die Unterhausfraktion, die Wahl von Michael Foot zum neuen Parteichef statt Denis Healey als Nachfolge von Callaghan zu erzwingen.¹⁸

Trotz dieser Erfolge wurde es klar, dass die Unterstützung für diesen Kurs in der ganzen Partei nicht ausreichend war. Die Linken verloren Sitze im Parteivorstand bei Wahlen auf Parteijahreskonferenzen Anfang der 80er Jahre. Auch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde der linke Vormarsch in der Ingenieursgewerkschaft rückgängig gemacht, den er zehn Jahre vorher erzielt hatte. Das war auch auf den Konferenzen spürbar. Trotzdem verhinderte dies nicht die Abspaltung einer Gruppe von Labour-Abgeordneten auf dem rechten Flügel der Partei. Sie gründeten die Sozialdemokratische Partei, die ein Bündnis mit den Liberalen¹⁹ für die Wahlen 1983 bildete. Diese Ereignisse und der Ausgang des Krieges gegen Argentinien 1982 brachten Labour in eine schwierige Lage. Der Wahlausgang war ihr schlechtester in der Nachkriegsgeschichte.

Danach übernahm Niel Kinnock, ursprünglich vom linken Flügel der Partei, den Parteivorsitz. Für seinen Versuch, Labour "wählbar" zu machen, wurde linke Politik über Bord geworfen. Unter ihm wurde die Ablehnung der EWG aufgegeben. Dabei strebte er nach Gemeinsamkeiten mit anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien. Er hoffte so, dass Thatcher isoliert werden würde, da diese sich in den 80er Jahren kritisch gegenüber der EU äußerte. So kam u. a. das Gesetz zur Ratifizierung der Ausgestaltung des Gemeinsamen Binnenmarktes durch die Einheitliche Europäische Akte ins Parlament ohne ausreichende Untersuchung zustande.²⁰ Die Vollendung des Binnenmarkts war ein Meilenstein in Richtung Maastricht.

Europäische Verordnungen auf Grundlage der Einheitlichen Europäischen Akte verlangten im Laufe der 90er und 2000er Jahre ein Aus bei öffentlichem Eigentum in Kernindustriebereichen wie der Bahn, Energie, Post und bei den Banken. Es sollte keine staatliche Unterstützung mehr für die Industrie geben, stattdessen sollte es Ausschreibungen für Verträge zugunsten des Privatsektors geben. Private Firmen sollten Zugang zu öffentlichen Bereichen wie Bildung und Gesundheitswesen bekommen.²¹

Unterhauswahl 1992: Labours ERM-Desaster

Da Labour seit langem den deflationären Charakter von ERM kannte, stellte die Partei 1989 in ihrer

¹⁸Zu dieser Zeit wurden der Parteivorsitzende und sein Stellvertreter noch nur durch das *PLP* bestimmt. Callaghan trat im Herbst 1980 als Parteichef zurück. Nach der Abstimmung im *PLP* wurde Michael Foot im zweiten Wahlgang mit 139 Stimmen gegen 129 für Denis Healey zum neuen Parteichef und damit auch Oppositionsführer gewählt. Siehe Harry Harmer, *The Labour Party 1900-1998*, Longman (London and New York), 1999, S. 124.

¹⁹1988 fusionierte die Sozialdemokratische Partei mit der Liberalen Partei zu den heutigen *Liberal Democrats*.

²⁰So kam es u. a. zur Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte durch das Unterhaus ohne eine wirkliche Beratung, siehe dazu (Lord) Peter Shore, *Separate Ways*, Gerald Duckworth & Co. Ltd. (London), 2000, S. 81.

²¹Siehe John Foster, *Britain and the EU: What next?* Communist Party (London), February 2016, S. 8.

Policy Review Bedingungen, wobei sie sich einen Beitritt zum ERM vorstellen konnte. Er musste frei von seiner monetaristischen Ausrichtung und Teil einer EU-weiten Handelspolitik sein, die zu Wachstum und Handelsbilanzstabilität führen sollte. Das Pfund sollte nur dann darin verbleiben, wenn britische Produkte gleichzeitig konkurrenzfähig würden und blieben.²² Im folgenden Jahr schrieb der ehemalige Handelsminister, der verstorbene Douglas Jay, ein langjähriger Kritiker der EU-Mitgliedschaft, der nicht zur Reihe der Linken gehörte, folgendes: "Für eine Labour-Regierung wäre ein Beitritt zum ERM ohne diese benannten Bedingungen, ein Spiel mit Desaster".²³ Dies ist aber eingetreten, verursacht nicht von einer Labour-Regierung, weil Labour in der Opposition war, sondern von der Thatcher-Regierung und Kinnock machte mit, zu Lasten von Labour!

Die Thatcher Regierung beschloss, trotz jahrelangen Widerstands von Thatcher selbst, dass das Pfund am 8. Oktober 1990 im ERM zu einem festen Kurs von einem Pfund zu 2,95 DM beiträt.²⁴ Ihr ursprüngliches "Nein" zum ERM hatte sie damit begründet, dass Kämpfe gegen die Inflation nicht über Wechselkurse, sondern über Zinskurse zu gewinnen seien. Aber diese Differenzen zeigten einmal mehr, dass es unter den herrschenden Kreisen Interessenskonflikte gibt: Zwischen denjenigen, die die Zukunft des Landes an erster Stelle in einer Vertiefung der Sonderbeziehung zu den USA sehen und denjenigen, die sie in einer Vertiefung gegenüber der EU sehen. Thatcher und ihre engsten Verbündeten gehörten zum ersten Lager, aber viele ihrer Schlüsselminister gehörten zum zweiten. Für die Linke ging und geht es vor allem um die hart erkämpften sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen. Sie wurden ihnen nie geschenkt, sondern kamen als Ergebnis des Klassenkampfes zustande. Aber, für Personen beider Lager sind solche Rechte Kosten.

Nach dem Wirtschaftsaufschwung ab 1981 gab es ab 1989 wieder einem Rückgang, gefolgt von einer Depression.²⁵ Das "Ja" zum ERM war erstaunlicherweise von Kinnock unterstützt worden! Mit diesem "Ja", auch zu diesem Zeitpunkt, ignorierte er die Bedingungen für den ERM seiner eigenen *Policy Review*. Und trotzdem verpflichtete er sich noch im Wahlkampf April 1992: "Um die Inflation zu bekämpfen, würde Labour das Pfund innerhalb des Europäischen Wechselkursmechanismus halten!"²⁶ Bei seinem "Ja" für den ERM hatte Kinnock die Tatsache akzeptiert, dass die Massenarbeitslosigkeit in absehbarer Zeit weiter hoch bleiben würde. Auf diese

²²Siehe *Meet the challenge Make the Change. A new agenda for Britain: Final report of Labour's Policy Review for the 1990s*, The Labour Party (London), 1989, S. 14.

²³(Lord) Douglas Jay (Ed.), *The European Monetary System: The E. R. M. Illusion*, Labour Common Market Safeguards Committee (London), June 1990, S. 13. Jay war 1964-1967 Handelsminister in der Wilson Regierung.

²⁴Das "Ja" zu ERM zeigte, dass der feste Griff, den Thatcher seit ihrem Wahlsieg 1979 über das Land gelegt hatte, gelockert wurde. Gleichzeitig waren die Verhandlungen zu Maastricht in Gang gekommen, in deren Verlauf sie immer kritischer wurde. Es gab auch wachsende Unruhe im Land angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation, die zu Nervosität unter Abgeordneten ihrer Partei aus Sorge über deren Chancen bei kommenden Wahlen führte. Trotz des Beitritts zum ERM drei Wochen zuvor, führte Thatchers Ablehnung gegenüber weiteren Schritten in Richtung WWU auf dem Europäischen Ratsgipfeltreffen in Rom am 27. Oktober 1990 u. a. zum Rücktritt des Außenministers Sir Geoffrey Howe. Thatchers ehemaliger Verteidigungsminister Michael Heseltine, ein Befürworter von Maastricht, nutzte die Gunst der Stunde und trat November 1990 gegen sie für den Parteivorsitz an. Da die Mehrheit der Abgeordneten aber noch hinter ihr stand, reichte nicht die Zahl der abgegebenen Stimmen, um eine Neuwahl zum Parteivorsitz zu verhindern. Dennoch war die Macht Thatchers gebrochen. Sie zog die Konsequenzen. Nach einer Wahl unter den konservativen Abgeordneten wurde John Major ihr Nachfolger. Das Wesentliche an ihrem Absturz war weniger, die Verbesserung des politischen Klimas im Lande zu erreichen, sondern die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht durch Großbritannien zu gewährleisten. Diese Unterschrift erfolgte dann auch unter Major.

²⁵Nach dem herben Wirtschaftsrückgang 1979-1980, gefolgt von einer Depression, gab es ab 1981 einen Aufschwung, der bis 1988/89 andauerte, gefolgt von einem erneuten Rückgang. Die Mindestzinskurse, die schon Herbst 1979 ihren Höhepunkt (siehe Fußnote Nr. 17) erreicht hatten, stiegen nochmals bis auf fast 15% im Oktober 1989. Sie blieben auf diesem Niveau bis zum Beitritt in den ERM. Dann fielen sie um 1%. Bis zum Rauswurf aus dem ERM im September 1992 gab es nur leichte Rückgänge. Siehe *Bank of England Statistical interactive Database – repo (base) rate history*. Während des Zeitraums der Mitgliedschaft des Pfunds im ERM stieg die Zahl der Erwerbslosigkeit gewaltig an, siehe hierzu Fußnote 27.

²⁶*Labour's election manifesto April 1992*, Labour Party (London), April 1992, S. 12.

Art und Weise war sein Kampf gegen die Inflation ähnlich der der Regierung John Major: "Ja" für die freie marktwirtschaftliche und monetaristische Politik der EU.

Für die Befürworter von ERM und Maastricht und deshalb auch für den *Euro* ist eins klar. Der Kampf gegen die Inflation hat Vorrang vor dem Kampf gegen Erwerbslosigkeit. Forderungen von europäischen linken Parteien nach einer Art Sozialkorrektur für die WWU, egal wie gut sie gemeint waren oder sind, gehen an der Realität von Maastricht und seinen Nachfolgeverträgen vorbei. Durch diese Verträge wurden zwar eingeschränkte soziale Grundrechte der Lohnabhängigen erhalten, aber nur inwieweit dies die neoliberalen Grundsätze der Wirtschaftspolitik der EU nicht in Frage stellen. Diese Grundsätze stehen nicht zur Disposition.

Bei den Wahlen 1992 gab es Forderungen, mehr Geld für Bereiche wie Bildung und Gesundheitswesen freizumachen, was absolut wichtig nach den jahrelangen Einschnitten war. Dann kam die Frage der Finanzierung. Kinnock wackelte. Wenn er auf seiner eigenen *Policy Review* geachtet hätte, hätte es ein anderes Thema im Wahlkampf gegeben, von dem er hätte profitieren können. Stattdessen dieses Desaster. Wovor 1990 noch gewarnt wurde, ist bei diesen Wahlen eingetreten. Das "Ja" für ERM war die Hauptursache für Labours Wahlniederlage 1992. Eigentlich hatte Major diese Wahlen nicht gewonnen, sondern Kinnock hatte diese verloren.

Die Ironie der Geschichte ist: Nicht einmal sechs Monate nach Majors Wiederwahl, also am 16. September 1992, dem so genannten "Schwarzen Mittwoch" für die Befürworter von ERM oder "Weißen Mittwoch" für dessen Gegner,²⁷ wurde das Pfund aus dem ERM hinausgeworfen! Mit einem Verlust von bis zu 4% des Bruttoinlandsprodukts und über einer Million Arbeitsplätzen²⁸ waren die Kosten von fast zwei Jahren im ERM für die Volkswirtschaft des Landes deutlich höher, als Labour für Bereiche wie Bildungs- und Gesundheitswesen bei diesen Wahlen gefordert hatte. Befreit vom ERM, gefolgt von fallenden Zinskursen, wurde ein Wirtschaftsaufschwung mit einer sinkenden Zahl von Erwerbslosen bis ins neue Millennium ermöglicht.

Bereits im Vertrag von 1957 war das Prinzip vom freien Waren- und Kapitalverkehr innerhalb der EWG enthalten. Durch die Einheitliche Europäische Akte wurde dieses Prinzip ausgebaut. Damit kam es zum Recht jedes Unternehmers auf Niederlassungsfreiheit sowie Dienstleistungsfreiheit in allen Mitgliedsländern. Auch wurde ein Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeräumt. (Gemeint ist damit, dass Firmen in reichen EU-Mitgliedsstaaten Facharbeiter aus anderen bzw. ärmeren Ländern abmelken können, um Löhne vor Ort zu drücken sowie Ausbildungskosten zu sparen; nicht etwa, dass ärmere Menschen ohne Arbeit und Ausbildung in ihrer Heimat in andere Länder gehen können, um dort Chancen auf ein menschenwürdiges Leben zu finden).

Harterworbene soziale Grundrechte der Lohnabhängigen:
Konflikt zwischen dem Gemeinsamen Binnenmarkt und der Europäischen Menschenrechtskonvention

Die unternehmerischen Rechte auf Niederlassungsfreiheit bzw. Dienstleistungsfreiheit wurden vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg (der EuGH ist das höchste Gericht der EU) insbesondere in den bekannten Fällen von Viking und Laval gestärkt. In diesen Urteilen vom 10. bzw. 17. Dezember 2007 entschied der EuGH, dass Streikaktionen gegen Lohn- und Sozialdumping Vorstöße gegen die Rechte eines Unternehmers auf Niederlassungs- bzw. Dienstleistungsfreiheit

²⁷Siehe (Lord) Peter Shore, S. 93.

²⁸U. a. ist während der Zeit der Mitgliedschaft des Pfunds im ERM die Zahl der Erwerbslosigkeit schätzungsweise um 1,2 Millionen gestiegen und die Kosten für die Wirtschaft des Landes betragen fast 4% des Bruttoinlandsprodukts. Siehe Brian Burkitt et. al., *There is an alternative. Britain and its relationship with the EU*, Campaign for an Independent Britain (London), 1996, S. 24

sind. Damit gab der EuGH grünes Licht für Lohn- und Sozialdumping und attackierte das Menschenrecht auf Streik. Das Vertrauen vieler Gewerkschaftler in die EU wurde durch diese Urteile erschüttert. Die Etablierung des Gemeinsamen Binnenmarkts wurde damit auch an die Einschränkung des Streikrechts gekoppelt. Egal, was auch immer ihre Kritik an der EU war, ist eins klar. Das Wesentliche der Agenda Thatchers hat seinen Weg in die Schlüsselverträge der EU gefunden.

Eigentlich bringen diese Urteile die EU in Konflikt mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), die die EU 2010 unterzeichnet hatte. Besonders wichtig ist Artikel 11 dieser Konvention, in der das Recht auf Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit verankert ist, sowie die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) über diesen Artikel in den letzten fünfzehn Jahren. Darin ist das Streikrecht verankert. Einschränkungen sind nur vorgesehen, wenn es um die Sicherheit des Staates oder ähnliches geht.²⁹ Die Europäische Menschenrechtskonvention, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und die Europäische Sozialcharta entstammen dem Europarat. Der Europarat ist die größte politische Institution Europas mit 47 Mitgliedsstaaten und darf nicht mit der EU von derzeit 28 Mitgliedsstaaten verwechselt werden.

In seiner Stellungnahme zur Rechtslage bei Streikaktionen auf unserem Kontinent stellte der Österreichische Gewerkschaftsbund im April 2012 fest: „Die EMRK hat gegenüber EU-Recht eindeutig Vorrang. Der EGMR hat unter Bezugnahme auf die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nach Art. 11 EMRK nicht nur ein Recht auf Kollektivverhandlungen, sondern hat auch das Streikrecht bejaht. Wirtschaftliche Marktfreiheiten stellen aber kein 'dringendes gesellschaftliches Bedürfnis' dar, mit dem ein Eingriff in das 'Menschenrecht Streikrecht' gerechtfertigt werden könnte“.³⁰

Man muss sich daher nicht wundern, dass der EuGH im Dezember 2014 entschied, dass die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht beitreten darf!

Der Ausgang des Volksentscheids 2016 muss respektiert werden

Die neoliberale Agenda der EU sollte am 23. Juni dieses Jahres beim Volksentscheid in Großbritannien über den Verbleib in der EU auf den Prüfstand gestellt werden. Leider wurde in den Massenmedien prinzipiell nur ein Aspekt dieser Agenda behandelt, und sie wurde auch noch schlecht behandelt: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dieses Thema wurde dann von Rechtspopulisten verschiedenster Strömung stigmatisiert und führte auch zu einem Kampf gegen Flüchtlinge. Aber Meinungsumfragen haben gezeigt, dass nur eine kleine Minderheit der Wähler für den Austritt aus diesen Gründen stimmte. Die überwältigende Mehrheit, die für den Austritt stimmte, tat dies aufgrund der Folgen der neoliberalen Politik der EU für die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes.

Anders als 1975 kam eine öffentliche Debatte über die wirtschaftliche und soziale Lage der einfachen Menschen in Verbindung mit der EU nicht zustande. Es stellt sich heute auch die Frage, ob die politische Agenda von Jeremy Corbyn bei einer weiteren Mitgliedschaft in der EU überhaupt durchsetzbar ist. Unter den Linken, insbesondere bei der KP Britanniens, gibt es daran Zweifel.

Bei ihrem Kampf für den Austritt aus der EU wurde ein linkes Bündnis „Lexit“ unter dem Vorsitz

²⁹Siehe Keith Barlow, Widersprüchliche Urteile von zwei "europäischen" Gerichten: Ungeklärte Fragen der sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen, in: *Informationsschrift DIE LINKE. International*, September 2012, S. 75-79.

³⁰Stellungnahme zur Verordnung des Rates über die Ausübung des Rechts auf die Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit, Österreichischer Gewerkschaftsbund, April 2012, S. 3.

des Generalsekretärs der KP Britanniens, Rob Griffiths, gegründet. Dabei sind andere linke Parteien und Organisation sowie auch einige Gewerkschaften, darunter zwei, die Bahnbedienstete organisieren. "Lexit" will, dass die Schlüsselindustrien verstaatlicht werden, darunter die Eisenbahn. Sie stehen für eine neue Orientierung der Beziehung Großbritanniens zur EU, die vom Diktat der Regeln des Gemeinsamen Binnenmarktes befreit sind. Bei den Austrittsverhandlungen müssen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen an erster Stelle kommen.

Der Ausgang des Volksentscheids muss respektiert werden. Aber es ist klar, dass es mächtige Kräfte innerhalb und außerhalb Großbritanniens und der EU gibt, die andere Interessen vertreten als den Willen der Menschen, die diesen Volksentscheid entschieden.